



IHK-Energiewende- Barometer 2019

Auswertung für Bayern



Industrie- und Handelskammern
in Bayern

Inhalt

1. Energiewende in Bayern: mehr Risiken als Chancen für die Wettbewerbsfähigkeit	4
2. Für mehr als zwei Drittel der bayerischen Unternehmen Realität: Energiepreissteigerungen in den vergangenen 12 Monaten	5
3. Energiewende kann zu Kapazitätsverlagerungen führen	5
4. Unternehmen setzen weiterhin auf Energieeffizienz – aber nicht nur	6
5. Keine Entwarnung bei Stromversorgungssicherheit in Bayern	8
6. Klimaschutz, ja bitte! Mit den richtigen Maßnahmen	8
7. Energiewende, ja bitte! Was die Unternehmen von der Politik fordern	10

Auf einen Blick

Mit dem „IHK-Energiewende-Barometer“ stellt die IHK-Organisation jährlich die Ergebnisse einer Online-Unternehmensbefragung vor, an der sich das Ehrenamt und weitere Mitgliedsunternehmen der Organisation beteiligen. Grundlage der Auswertung sind 2.574 eingegangene Antworten. Diese verteilen sich auf die Wirtschaftszweige Industrie (40 %), Bauwirtschaft (4 %), Handel (14 %) und Dienstleistungen (42 %). In regionaler Hinsicht kommen die Antworten zu 21 % aus dem Norden Deutschlands, zu 32 % aus dem Westen, zu 22 % aus dem Osten und zu 25 % aus dem Süden. Die Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg sind dem Süden Deutschlands zugerechnet. Die Befragung fand vom 11. bis zum 28. Juni 2019 statt.

Zentrale Ergebnisse

Für die bayerische Wirtschaft sind der Klimaschutz und das Gelingen der Energiewende ein besonderes Anliegen. Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz sowie zum Umstieg auf alternative Energien und Antriebsmittel stehen bei den Betrieben hoch im Kurs. Weiteren politischen Schritten im Klimaschutz stehen sie grundsätzlich positiv gegenüber.

Dennoch sehen die in 2019 in Bayern befragten Unternehmen durchschnittlich eher Risiken als Chancen in der Energiewende. Stetig steigende Strom- und Energiekosten verursachen Druck auf die Wettbewerbsfähigkeit, vor allem in der energieintensiven Industrie. Das zögerliche Vorankommen bei den Grundpfeilern für eine erfolgreiche Energiewende, wie dem Ausbau von Netzen und erneuerbaren Energien, schürt die Bedenken hinsichtlich zukünftiger Stromversorgungssicherheit.

Hinzu kommen die derzeitigen Unsicherheiten bezüglich anstehender klimapolitischer Entscheidungen und deren konkreter finanzieller sowie bürokratischer Auswirkungen für die Geschäftstätigkeit.

Die bayerische Wirtschaft wünscht sich unter anderem von der Politik, beim Netzausbau sowie bei der Durchführung von Planungs- und Genehmigungsverfahren schneller zu agieren und die Etablierung von erneuerbaren Energien stärker voranzubringen. Eine Entlastung der Strompreise soll dabei die Wettbewerbsfähigkeit sicherstellen und die richtigen Anreize für klimaschonende Technologien setzen.



ENERGIEWENDE
Betriebe sehen mehr
Risiko als Chance



PREISE
Erneut Steigerung bei
Energie und Strom



PRODUKTION
Ein Viertel der Industriebetriebe befasst sich energiewendebedingt mit Verlagerung



ALTERNATIVE ENERGIEN & ANTRIEBSMITTEL
Stetig mehr Betriebe beschäftigen sich mit der Umstellung



STROM-VERSORUNG
Auch kurze Ausfälle können die Produktion beeinträchtigen



KLIMASCHUTZ
Bayerns Betriebe unterstützen Maßnahmen

1. Energiewende in Bayern: mehr Risiken als Chancen für die Wettbewerbsfähigkeit

Bayerns Betriebe sehen mehr Risiken als Chancen in der Energiewende. Das ergibt auch in diesem Jahr die bayerische Auswertung des IHK-Energiewende-Barometers über alle Branchen und Unternehmensgrößen hinweg. Die befragten Unternehmen bewerten in 2019 die Auswirkungen der Energiewende auf ihre Wettbewerbsfähigkeit mit einem Barometerwert von $-2,1^1$, etwas optimistischer als der gesamtdeutsche Durchschnitt ($-3,1$). Trotz leicht verbessertem Wert im Vergleich zum Vorjahr bleiben die Betriebe damit kritisch in ihrer Einschätzung. In 2018 hatten sie die Energiewende erstmals seit vier Jahren wieder eher risikoreich bewertet ($-3,2$).

Abb. 1²: Bewertung der Auswirkungen der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit des eigenen Unternehmens

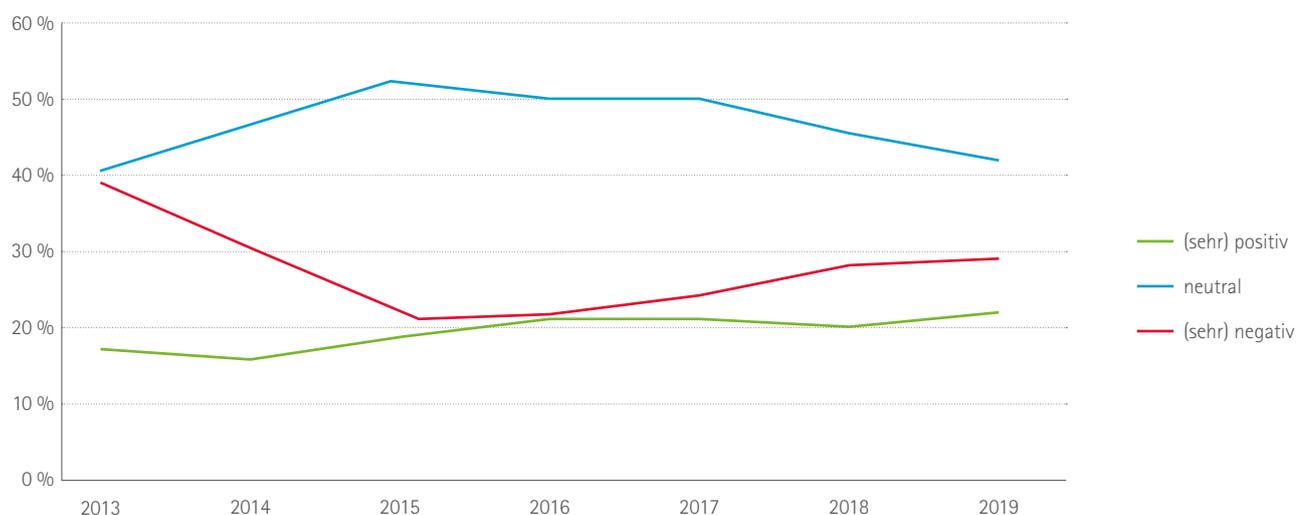


Abb. 1 zeigt, wie die Betriebe von 2013 bis 2019 die Auswirkungen der Energiewende auf den Wettbewerb einordnen. Im Jahr 2019 sehen 29 % der befragten bayerischen Unternehmen in der Energiewende eine Gefahr für ihre Wettbewerbsfähigkeit, das heißt, sie schätzen die Auswirkungen „negativ“ oder „sehr negativ“ ein (2018: 28 %). Im Branchenvergleich fällt in der Industrie, mit einem Barometerwert von -22 , das Urteil am pessimistischsten aus. Dort ist der Anteil der Energie an der gesamten Wertschöpfung sowie in der Wertschöpfungskette im Vergleich zu anderen Branchen höher. Die Wettbewerbsfähigkeit hängt entsprechend stärker von den Folgen der Energiewende, wie hohen Strompreisen, ab.

¹ Der Wert beruht auf Antworten auf die Frage „Wie beurteilen Sie insgesamt die Auswirkungen der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit Ihres Unternehmens?“, wobei die Einschätzung „sehr negativ“ mit -100 , „negativ“ mit -50 , „neutral“ mit 0 , „positiv“ mit $+50$ und „sehr positiv“ mit $+100$ in die Berechnung der durchschnittlichen Bewertung eingeht. Bei einem Durchschnittswert von 0 sind positive und negative Bewertungen ausgeglichen oder nur neutrale Bewertungen vorgenommen worden. Bei einem Wert von $+100$ hätten alle Befragten mit „sehr positiv“, bei -100 mit „sehr negativ“ geantwortet (IHK-Energiewende-Barometer 2019, DIHK-Auswertung Gesamtdeutschland).

² Alle Abbildungen in vorliegender Broschüre sind eigene Darstellungen auf Basis der Datenerhebung des IHK-Energiewende-Barometers 2019.

2. Für mehr als zwei Drittel der bayerischen Unternehmen Realität: Energiepreissteigerungen in den vergangenen 12 Monaten

Bereits heute sind die Industriestrompreise in Deutschland im EU-Vergleich in fast allen Verbrauchsklassen am höchsten. Dies bestätigte Anfang des Jahres der Bericht der Europäischen Kommission zu den Energiepreisen und -kosten in Europa. Vor allem hohe Steuern und Abgaben sowie Netzkosten treiben die Strompreise in Deutschland in die Höhe.³

Die zunehmend skeptische Haltung der Wirtschaft gegenüber der Energiewende kann u. a. in den Preisentwicklungen der zurückliegenden 12 Monate begründet sein. Die Ergebnisse des Energiewende-Barometers zeigen: Die bayerische Wirtschaft kämpft nach wie vor mit Rekordstrompreisen. Steigende Strompreise über die vergangenen 12 Monate melden gut 58 % der in 2019 befragten bayerischen Unternehmen. Im Vorjahr machten nur rund 41 % diese Angabe. Damit sind erstmals für mehr Betriebe die Strompreise gestiegen als gleich geblieben. Nicht einmal 2 % spürten eine Preisentlastung. Ein neuer Negativrekord.

Neben dem Strompreis belasten auch die Kosten für Energierohstoffe wie Öl, Gas und Kohle zunehmend die bayerische Wirtschaft. Knapp 68 % der Betriebe beobachteten eine Steigerung der Energiepreise innerhalb der vergangenen 12 Monate. Ein Anstieg von 40 Prozentpunkten im Vergleich zur Befragung von vor zwei Jahren (2017: 28 %; 2018: 56 %).

3. Energiewende kann zu Kapazitätsverlagerungen führen

Die hohen Kostenbelastungen können dazu führen, dass Unternehmen Kapazitäten verlagern oder ihre Produktion im Inland gänzlich einstellen. Im Energiewende-Barometer 2019 geben rund 7 % aller befragten bayerischen Betriebe an, bedingt durch die Energiewende Maßnahmen zu planen, durchzuführen oder bereits realisiert zu haben, die die Verlagerung von Kapazitäten ins Ausland bzw. die Einschränkung der Produktion im Inland betreffen. Das sind etwas weniger als in den beiden Vorjahren, dennoch liegt der Anteil noch über dem Tiefstwert von knapp 6 % im Jahr 2016. Abb. 2 zeigt die Verlagerungs- und Einschränkungstendenzen der gesamtbayerischen Wirtschaft sowie der Industriebetriebe in Bayern im Zeitverlauf.

Abb. 2: Energiewendebedingte Maßnahmen aller bayerischen Betriebe (links) bzw. bayerischen Industriebetriebe (rechts) zu Kapazitätsverlagerung ins Ausland bzw. Einschränkung der Produktion im Inland



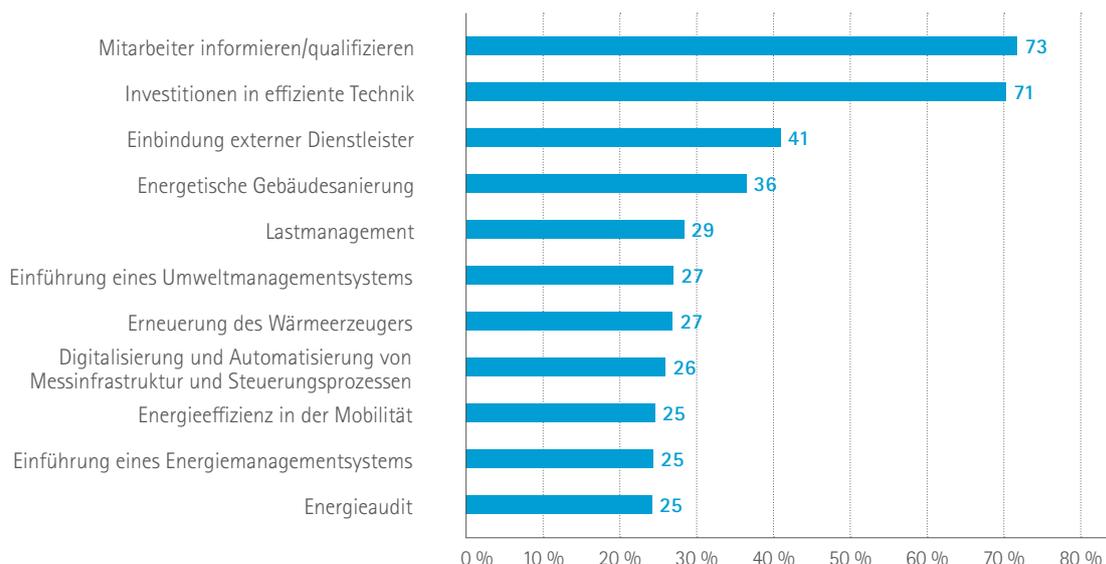
³ Europäische Kommission (2019). Energy prices and costs in Europe. URL: <https://ec.europa.eu/energy/en/data-analysis/energy-prices-and-costs>

Der Zusammenhang zwischen Energiepolitik und Verlagerungstendenzen zeigt sich besonders im Industriesektor. Rund ein Viertel der produzierenden Betriebe in Bayern geben an, energiewendebedingt Kapazitäten verlagert zu haben oder dies zu planen. Deutschlandweit sagt dies nur ein Fünftel der Industriebetriebe und damit deutlich weniger. Besonders die energieintensiven bayerischen Industrieunternehmen hängen in ihrer Wettbewerbsfähigkeit und ihren Entscheidungen für den Wirtschaftsstandort Bayern von den richtigen Rahmenbedingungen und damit von politischen Entscheidungen ab. Finanzielle Entlastungen bei Stromsteuern, Netzentgelten und der EEG-Umlage sind dabei ebenso entscheidend wie der Abbau bürokratischer Hürden, die damit in Verbindung stehen.

4. Unternehmen setzen weiterhin auf Energieeffizienz – aber nicht nur

Stetig steigende Energie- und Stromkosten sowie energie- und klimapolitische Unsicherheiten machen es den Betrieben nicht leicht, weiterhin in Energiewende und Klimaschutz zu investieren und ihren Beitrag dazu zu leisten. Komplizierte und immer neue Regelungen, wie umfassende Meldepflichten oder die kürzlich eingeführten Regeln zur Drittstrommengenabgrenzung, schaffen bürokratische Hürden und finanzielle Risiken. Die Situation wird weiter erschwert. Die Ergebnisse der diesjährigen Umfrage verdeutlichen, dass die bayerische Wirtschaft trotzdem am Wirtschaftsstandort Bayern festhält und versucht, die Energiewende vor Ort mitzugestalten und voranzubringen. Dies zeigt sich u. a. daran, dass die Betriebe weiterhin stark auf Maßnahmen zur Energieeffizienz setzen, um auf die Veränderungen in Energiewirtschaft und -politik reagieren und weiter am Standort wirtschaften zu können. Mehr als 80 % der befragten Unternehmen geben 2019 an, Maßnahmen zur Energieeffizienz zu planen oder bereits umgesetzt zu haben (Industrie: 94 %). Im Vorjahr machten nur rund drei Viertel diese Angabe.

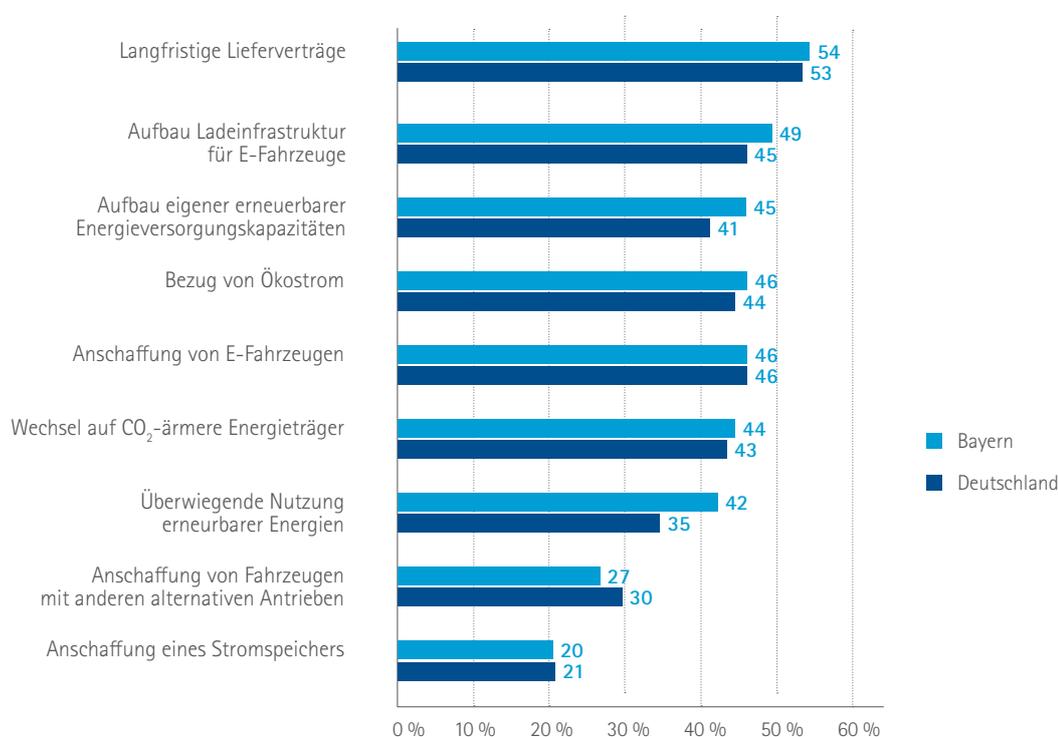
Abb. 3: Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz, die von mind. 25 % der 2019 befragten bayerischen Betriebe durchgeführt werden (Mehrfachnennungen möglich)



In Abb. 3 sind die Effizienzmaßnahmen aufgeführt, die sich in 2019 besonderer Beliebtheit erfreuen, das heißt in mindestens einem Viertel der befragten Betriebe zur Anwendung kommen. Weit vorne liegen das Schulen von Mitarbeitern (73 %) und Investitionen in effiziente Technik (71 %). Gut 41 % holen sich Unterstützung von externen Dienstleistern, um die Energieeffizienz in ihrem Unternehmen zu steigern. Rund 36 % haben zu diesem Zweck bereits in die energetische Sanierung ihrer Gebäude investiert.

Neben Effizienzmaßnahmen reagiert die bayerische Wirtschaft auch verstärkt mit anderen Mitteln auf die Veränderungen in Energiewirtschaft und -politik. So haben rund 54 % der in 2019 Befragten bereits langfristige Lieferverträge abgeschlossen oder planen dies. Angesichts des weiter bestehenden Drucks auf Energie- und Strompreise nicht verwunderlich. In der Industrie sind es sogar gut 70 %. So sichern sich die Betriebe gegen Geschäftsrisiken durch steigende Energiepreise ab.

Abb. 4: Ausgewählte Maßnahmen zur Reaktion auf Veränderungen in Energiewirtschaft und -politik, die von den in 2019 befragten bayerischen und deutschen Betrieben geplant bzw. umgesetzt werden oder abgeschlossen sind



Signifikante Unterschiede zwischen den Maßnahmen der bayerischen Wirtschaft und dem Bundesdurchschnitt sind bei drei Maßnahmen deutlich zu erkennen: Aufbau von Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge (49 % zu 45 %), Aufbau eigener erneuerbarer Energieversorgungskapazitäten (45 % zu 41 %) und Überwiegende Nutzung erneuerbarer Energien (42 % zu 35 %). Offensichtlich gehen die bayerischen Unternehmen hier beherzter voran als ihre Kollegen in den anderen Bundesländern. Bei der Anschaffung von Fahrzeugen mit anderen alternativen Antrieben (27 % zu 30 %) sind sie dagegen zurückhaltender. Im Vorjahresvergleich sind Bayerns Betriebe über alle genannten Maßnahmen hinweg noch aktiver geworden.

Vergleichsweise zurückhaltend sind die Unternehmen in Bayern und in Deutschland nach wie vor bei der Anschaffung von Stromspeichern und Fahrzeugen mit anderen alternativen Antrieben, auch wenn die Zahlen leicht gestiegen sind. Nach der überwiegenden Nutzung erneuerbarer Energien wurden die Betriebe in 2019 erstmals gefragt. Hier heben sich die befragten Betriebe in Bayern besonders stark von ihren Mitbewerbern im sonstigen Bundesgebiet ab.

5. Keine Entwarnung bei Stromversorgungssicherheit in Bayern

Der SAIDI-Wert (System Average Interruption Duration Index) misst die jährliche durchschnittliche Versorgungsunterbrechung je angeschlossenen Letztverbraucher bei Unterbrechungen über 3 Minuten. Im weltweiten Vergleich schneiden Deutschland und Bayern hier weiterhin gut ab. Dennoch kletterte der bayerische SAIDI-Wert in 2017 mit 15,58 Minuten durchschnittlicher jährlicher Unterbrechung auf das zweithöchste Niveau in 10 Jahren (2012: 16,47 Minuten).

Für viele Branchen in Bayern ist die Versorgungssicherheit bereits jetzt ein relevantes Thema. Gut 12 % der befragten Unternehmen berichten in 2019 über Stromausfälle von mehr als 3 Minuten, 16 % waren Ausfällen von weniger als 3 Minuten ausgesetzt. In der Industrie waren es mit rund 16 % bzw. 31 % jeweils mehr. Wie in den vergangenen Jahren klagt dort rund ein Fünftel bereits über Produktionsbeeinträchtigungen durch Versorgungslücken. Dies spiegelt die vergleichsweise hohe Abhängigkeit der Industriebetriebe von guter Stromversorgungsqualität wider.

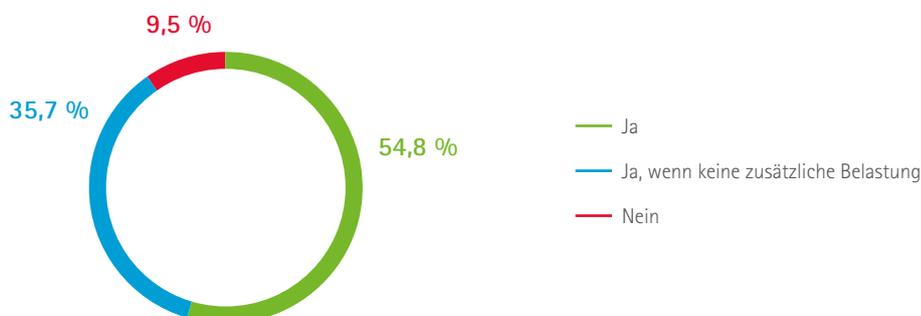
Der Bestand konventioneller Kraftwerke und damit gesicherter Leistung in Bayern hat sich mit der Stilllegung von Kernkraftwerken in den Jahren 2015 und 2017 wesentlich geändert. Der vollständige Kernkraftausstieg steht 2022 bevor. Die Abschaltungen werden durch Stromimporte nach Bayern und Zubau von Erneuerbare-Energien-Anlagen ausgeglichen. Dadurch werden stärker schwankende Strommengen aus volatiler Erzeugung und von einer zunehmenden Anzahl an Akteuren eingespeist, die ausgeglichen werden müssen. Zudem schreiten weder der Ausbau erneuerbarer Energien vor Ort noch der Bau der notwendigen Stromtrassen zum Transport des erneuerbaren Stroms aus dem Norden zügig genug voran.

6. Klimaschutz, ja bitte! Mit den richtigen Maßnahmen

Das Thema Klimaschutz steht nicht nur auf EU- und Bundesebene, sondern auch in Bayern ganz oben auf der politischen Agenda. Neben nationalen Themen, wie dem Kohlekompromiss oder der Einführung eines neuen CO₂-Bepreisungssystems, waren die vergangenen Monate geprägt von Debatten um den Verfassungsrang für Klimaschutz und das neue bayerische Klimaschutzgesetz. Wie die Wirtschaft zu weiteren Klimaschutzmaßnahmen steht und welche sie für sinnvoll erachtet, das hat das diesjährige Energiewende-Barometer erstmals abgefragt.

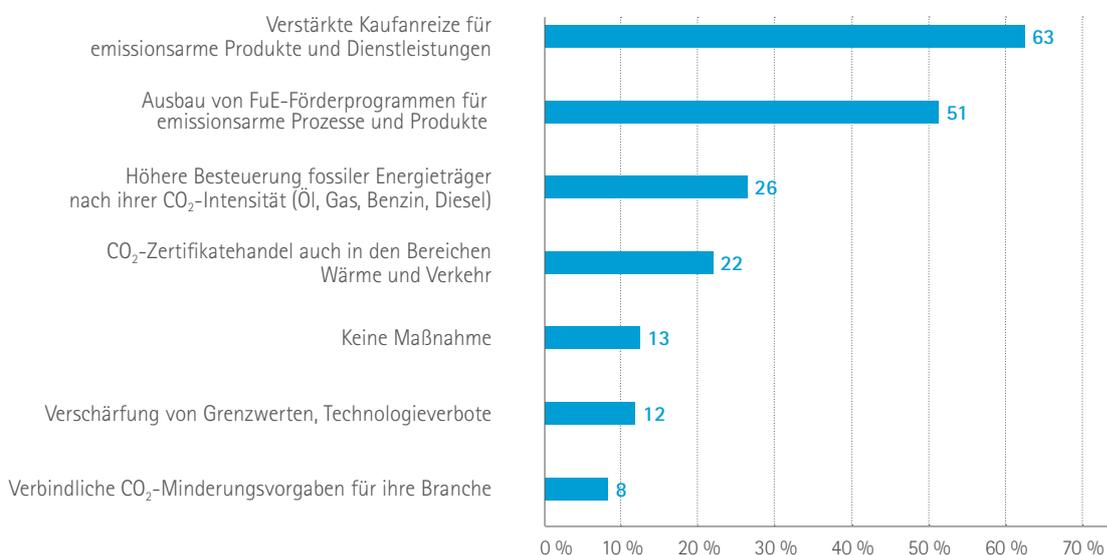
Die Ergebnisse zeigen: Der Schutz des Klimas ist für die bayerischen Betriebe ein wichtiges Anliegen. Insgesamt stehen mehr als 90 % der Befragten weiteren klimapolitischen Maßnahmen positiv gegenüber.

Abb. 5: Befürwortung zusätzlicher Klimaschutzmaßnahmen durch die in 2019 befragten bayerischen Unternehmen



Aus Sicht der befragten Unternehmen ist dabei wichtig, auch die Konsequenzen zusätzlicher Maßnahmen auf die Wirtschaft im Blick zu behalten. Rund 40 % der Befürworter (bzw. 36 % aller befragten Betriebe) knüpfen ihre Zustimmung an die Bedingung, dass keine zusätzlichen Belastungen für das eigene Unternehmen daraus resultieren, ob finanzieller oder bürokratischer Art. Das schließt Optionen mit Zusatzbelastung bei Kompensation an anderer Stelle ein. Nur knapp jedes zehnte Unternehmen lehnt weitere Maßnahmen grundsätzlich ab.

Abb. 6: Klimaschutzmaßnahmen, die aus Sicht der in 2019 befragten bayerischen Unternehmen sinnvoll und akzeptabel wären (Mehrfachnennungen möglich)



Den Betrieben ist es dabei allerdings nicht egal, welche Maßnahmen die Politik im Kampf gegen den Klimawandel ergreift. Verbindliche CO₂-Minderungsvorgaben, schärfere Grenzwerte oder gar Technologieverbote lehnen jeweils ca. 90 % der befragten Unternehmen ab.

Aus Abb. 6 wird deutlich, dass die Mehrheit sich stattdessen für anreizbasierte Lösungen ausspricht, die es zunächst ermöglichen, die für den Klimaschutz in der Praxis notwendigen alternativen Technologien zu entwickeln und im Markt zu etablieren. Verstärkte Kaufanreize für emissionsarme Produkte und Dienstleistungen wünschen sich 63 %. Gut die Hälfte fordert den Ausbau von Förderprogrammen, um die Forschung und Entwicklung emissionsarmer Prozesse und Produkte voranzutreiben. Mit mehr Zurückhaltung begegnen die bayerischen Betriebe der Einführung zusätzlicher CO₂-Bepreisungsinstrumente. Das lässt sich damit erklären, dass es bislang für die Wirtschaft noch nicht ersichtlich ist, wie eine zusätzliche CO₂-Bepreisung genau ausgestaltet werden soll und mit welchen finanziellen und bürokratischen Hürden sie am Ende verbunden sein wird. Rund ein Viertel der Betriebe kann sich eine höhere Besteuerung fossiler Energieträger (Öl, Gas, Benzin, Diesel) nach ihrer CO₂-Intensität prinzipiell vorstellen. Die Ausweitung des CO₂-Zertifikatehandels auf die Sektoren Wärme und Verkehr stuft lediglich gut ein Fünftel der Unternehmen als denkbare Lösung ein.

7. Energiewende, ja bitte! Was die Unternehmen von der Politik fordern

Abb. 7: Empfehlungen der in 2019 befragten bayerischen Betriebe an die Politik
(Auswahlmöglichkeit: drei prioritäre Forderungen)

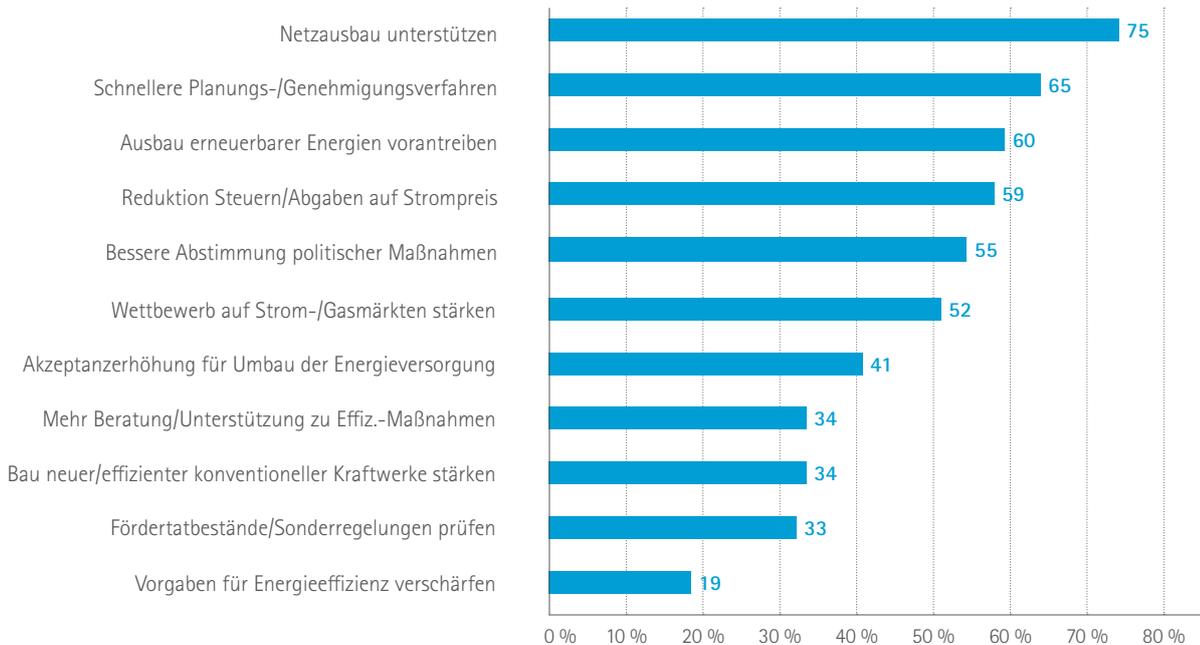


Abb. 7 zeigt, welche politischen Maßnahmen sich die befragten Unternehmen kurzfristig von der Politik wünschen, um die Energieversorgung sicher, bezahlbar und umweltverträglich zu gestalten.

Am häufigsten wird hier nach wie vor die Unterstützung des Stromnetzausbaus genannt. Wie im vorigen Jahr fordern drei Viertel der bayerischen Betriebe dies von der Politik ein. In der Industrie sogar 80 %, genauso viele wie im Deutschlanddurchschnitt. Zudem wünschen sich 65 % eine Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren und knapp 60 % eine Reduzierung der Steuern und Abgaben auf den Strompreis (Industrie: knapp 72 %). Die Forderung, den Ausbau der erneuerbaren Energien voranzutreiben, stellen ebenfalls 60 % der befragten Betriebe. Dieser Aspekt hat seit der letzten Umfrage deutlich an Wichtigkeit gewonnen (2018: knapp 49 %). Ohne ausreichenden Ausbau sind die gesteckten Ziele zum Klimaschutz nicht erreichbar, das ist der Wirtschaft bewusst.

Impressum

Verleger und Herausgeber:

Bayerischer Industrie- und Handelskammertag (BIHK) e. V.

Vorstand Dr. Eberhard Sasse und Dr. Manfred Gößl

Max-Joseph-Straße 2, 80333 MÜNCHEN

☎ +49 (0)89 5116-0

@ info@bihk.de

🌐 bihk.de

Fachliche Ansprechpartner:

Dr. Norbert Ammann ☎ 089 5116-1392 @ norbert.ammann@muenchen.ihk.de

Julia Goebel ☎ 089 5116-1797 @ goebelj@muenchen.ihk.de

Projektverantwortung und Bearbeitung:

Julia Goebel, IHK für München und Oberbayern

Gestaltung:

Ideenmühle, Eckental

Druck:

Oberländer GmbH & Co. KG, Bodenseestraße 18, 81241 München

Bildnachweis:

Titel: Mockup Ideenmühle aus AdobeStock © flyalone , © maeching

Stand: September 2019

Alle Rechte liegen beim Herausgeber. Ein Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit ausdrücklicher schriftlicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.



Industrie- und Handelskammern
in Bayern